

Die Frage, ob und in welcher Weise unser Gesetz auch die Werke der Baukunst schützen solle, hat vom ersten Augenblick an die verschiedenen Kommissionen und schließlich auch die Bundesversammlung sehr beschäftigt. Die Architekten verlangten nämlich für ihre Werke ganz in gleicher Weise geschützt zu werden, wie die übrigen Künstler und daher beehrten sie auch die Wohlthat einer gesetzlichen Präsumtion dafür, daß in Ermangelung einer entgegenstehenden Vereinbarung der Erwerber eines architektonischen Planes nicht das Recht habe, ihn ausführen zu lassen. Der erste Entwurf hatte über Architektur und Baupläne gar nichts enthalten. Der Art. 6 ist eine Konzeption, die nach verschiedenen redaktionellen Änderungen schließlich in dieser Form gemacht wurde. (Vergl. indeß auch Art. 11. B. 3. 8.).

Indem man in diesen engen Schranken sich bewegte, hat man keineswegs die hohe Stellung der Architektur oder die künstlerischen Leistungen derjenigen Baumeister, welche geniale Werke schaffen, mißachten wollen; aber man hat eben einfach mit der Thatfache zu rechnen, daß bei den Bauwerken die materielle Produktion und die mechanische Ausführung bei weitem die geistige Konzeption überwiegen und daß nicht, wie bei den Gemälden und Skulpturen, der Stoff bloß Träger der geistigen Form ist. Die Werke der bildenden Künste dienen nur zur Befriedigung des ästhetischen Sinnes. (siehe oben), die Werke der Architektur dagegen in erster Linie immer einem bestimmten Gebrauche und erst in zweiter Linie tritt auch der ästhetische Moment bei einzelnen hinzu. Auch die andern Gesetzgebungen gewähren den Architekten kein Urheberrecht an ihren Schöpfungen. Schon frühere deutsche Landesgesetze¹⁾ und das gegenwärtige Reichsgesetz vom 9. Januar 1876 betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste (Art. 3) findet seine Anwendung auf die Baukunst. Gegen den Nachdruck von Plänen und Zeichnungen wird der Architekt geschützt, ähnlich wie geographische und technische Zeichnungen geschützt werden. Dagegen verbietet das deutsche Gesetz nicht, daß nach diesen Plänen von einem andern Architekten das gleiche Bauwerk ausgeführt wird.

Kunstwerke, welche sich an einem Bauwerke befinden (Statuen, Fresken) sind gegen Nachbildung geschützt, dies gilt auch nach unserm schweizerischen Gesetz (siehe unten Art. 11. B. 3. 8.). Auch die englische Gesetzgebung schließt die Architektur vom Schutze des copy-right aus. Das gleiche wäre dem Wortlaute nach in Frankreich der Fall; allein dort neigt sich die Gerichtspraxis zu der Annahme, daß die Werke der Architektur auch gegen

¹⁾ Vergl. namentlich das frühere bayerische Gesetz vom 15. April 1840. Art. II. Nr. 1.

Ausführung durch einen Andern geschützt seien ¹⁾. Bekanntlich herrscht in Frankreich die Tendenz vor, den Schutz des Urheberrechts in seine äußersten Konsequenzen auszuweiten. Indem wir diesen französischen Standpunkt durchaus nicht theilen, gehen wir dagegen in unserm Bundesgesetze doch etwas weiter als die deutsche Gesetzgebung. Der Bericht der nationalrätlichen Kommission bemerkt darüber sehr richtig:

„Es kann wohl als Regel angenommen werden, daß architektonische Pläne und Zeichnungen mit Rücksicht auf einen zu erstellenden Bau angefertigt werden. Die Erwerbung der Pläne involvirt bei dieser Voraussetzung das Ausführungsrecht. Es ist daher in den am häufigsten vorkommenden Fällen gar nicht nöthig, dem Urheber des Planes das Recht auf dessen Ausführung besonders vorzubehalten, da der Plan gerade der Ausführung wegen angefertigt worden ist. Werden aber Pläne für wissenschaftliche Zwecke, zum Gebrauch für technische Schulen u. s. w. angefertigt, so steht dem Urheber derselben selbstverständlich das gleiche Recht gegen Nachbildung zu, welches der Künstler besitzt, der Vorlagen für den Zeichnungsunterricht komponirt und in besonders Werthen herausgibt. Endlich ist es dem Architekten stets leicht, sein Urheberrecht bei Abgabe von Plänen zu wahren, indem er auf denselben in geeigneter Weise die Vorbehalte, unter denen die Abtretung stattfindet, vornimmt. Da sich der Maler oder Bildhauer beim Verkaufe von Gemälden oder Skulpturwerken eine ähnliche Garantie gegen unbefugte Verwendung nicht selbst in ausreichender Weise verschaffen kann, so mußte sein Urheberrecht von Gesetzeswegen geschützt werden. Die von der Kommission gewählte Medation dürfte daher die Urheberrechte der Architekten in genügender und jedenfalls in ausgiebigerer Weise schützen, als es die deutsche und französische Gesetzgebungen thun.“

Und der ständerätliche Kommissionsalbericht sagt:

„Die Bestimmung dieses Artikels ist in den betheiligten Kreisen Gegenstand lebhafter Ansehung geworden. Dieselbe stellt nämlich die Architekten nicht auf gleichen Fuß mit den übrigen Künstlern. Während die letzteren ohne Weiteres bei dem alleinigen Vervielfältigungs- und Ausfühnungsrecht geschützt werden, stellt Art. 6 den Grundsatz auf, daß der Erwerber von architektonischen Plänen dieselben beliebig ausführen lassen dürfe. Hierin erblicken die Architekten eine ungerechtfertigte Schädigung ihrer Interessen, indem ihre Arbeit herabgewürdigt werde und sie riskiren, daß die dem Plan zu Grunde gelegte Idee verunstaltet werde, wodurch

¹⁾ Vergl. Pouillet a. a. O. S. 85 ff. Calmels de la propriété et de la contrefaçon. Paris 1857, p. 651.

ihr Ruf Schaden leiden könne. Die Kommission kann jedoch diese Beschwerden nicht als stichhaltig anerkennen. Bei aller Anerkennung der künstlerischen Leistungen auf dem Gebiete der Architektur zeigt die Anschauung, daß weitauß der größere Theil der ausführenden Bauten keinen spezifisch künstlerischen Charakter hat. Sodann darf der Gesetzgeber die Bedürfnisse des Lebens und die Besonderheiten der einzelnen Verhältnisse nicht aus dem Auge verlieren. Nun liegt es in der Natur der Sache, daß der Besteller eines Bauplanes in der Regel dabei die Absicht verfolgt, den Plan zur Ausführung einer Baute zu benutzen; derselbe wird nicht der Zeichnung wegen verlangt, ist also nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Es widerspricht deshalb dem natürlichen Rechtsgefühl, daß die in der Zweckbestimmung liegende Berechtigung, nach dem Plane bauen zu dürfen, noch besonders erworben werden müsse. Wenn es nun auch Fälle geben mag, in denen der Architekt vom künstlerischen Gesichtspunkte aus Werth darauf setzen muß, die Ausführung der Baute selbst zu besorgen, so ist ihm die Möglichkeit gegeben, indem er sich nach Art. 6 dieses Recht durch spezielle Vereinbarung mit dem Besteller bei Abgabe des Planes oder vor dessen Zustimmung vorbehalten kann. Regulatorisch richtig ist aber, das Verhältniß, welches die Regel bilden soll, als Prinzip aufzustellen und die Ausnahmefälle der Vereinbarung vorzubehalten. Da gegen scheint der Kommission die Einschränkung gerechtfertigt, daß der Erwerber eines solchen Planes denselben nicht noch Dritten zur Ausführung abtreten darf; wir beantragen deshalb die Worte „ein- oder mehrmal“ zu streichen, weil dieselben leicht zu der gegenwärtigen Interpretation verleiten könnten“.

Art. 7.

Die Veräußerung des Veröffentlichungsrechtes von dramatischen, musikalischen oder dramatisch-musikalischen Werken schließt an sich nicht schon die Veräußerung des Aufführungsrechtes in sich, noch umgekehrt.

Der Urheber eines solchen Werkes kann die öffentliche Aufführung desselben an spezielle Bedingungen knüpfen, sofern er diese an der Spitze des Werkes veröffentlicht.

Die Lantienne soll jedoch den Betrag von 2% der Brutto-Einnahme der betreffenden Aufführung nicht übersteigen.

Wenn die Bezahlung der Lantienne gesichert ist, so kann die Aufführung eines schon veröffentlichten Werkes nicht verweigert werden.

Bei den dramatischen und musikalischen Werken haben wir zu unterscheiden das Vervielfältigungsrecht durch den Druck und das Recht der öffentlichen Aufführung (représentation bei dramatischen, exécution bei musikalischen Werken). Beide Befugnisse sind hier im Urheberrecht — im Unterschied von denjenigen an Werken der Literatur und der bildenden Kunst — enthalten; sie sind aber von einander unabhängig und können getrennt veräußert werden. Wenn daher ein Drama zur Veröffentlichung durch den Druck in Verlag gegeben wird, so behält der Verfasser das ausschließliche Recht der öffentlichen Aufführung und wenn er die Befugnis zur Aufführung, z. B. eines Oratoriums, der Tonhalle-Gesellschaft in Zürich oder eines Schauspiels dem Stadttheater in Basel überträgt, so räumt er damit nicht das Recht zur Vervielfältigung der Composition, des Dramas oder der Rollen durch Ueberdruck, Abschreiben¹⁾ u. s. w. ein. Man spricht daher hier von einem getheilten Urheberrecht und hierauf bezieht sich die Vorschrift in Art. 12 litt. d. der Vollziehungsverordnung. Es ist indessen auch möglich, beide Rechte mit einander einem Besizer zu übertragen. Nach deutschem Gebrauch wird mit dem Kauf des Musikwerkes auch das Aufführungsrecht erworben. Dieses Aufführungsrecht ist nun in der Schweiz etwas ganz neues. Das Concordat von 1856 hatte es noch nicht geschügt; erst der Staatsvertrag mit Frankreich von 1864 hatte auch dieses Recht für die französischen Schriftsteller und Componisten zur Geltung gebracht. Durch unser Bundesgesetz treten nun die diesbezüglichen Bestimmungen der Staatsverträge mit Belgien und Italien (Art. 16), sowie mit dem Deutschen Reich (Art. 17) ebenfalls in volle Kraft.

Dramatische Werke (Schauspiele, Lustspiele) sind solche Dichtungen, welche eine Handlung als gegenwärtig sich ereignend darstellen und den Verlauf derselben von den handelnden Personen selbst durch Rede offenbaren lassen. (Endemann). Die dialogische Form ist nicht unbedingt notwendig.

Die musikalischen Compositionen²⁾ sind Kunstwerke, die in Notenschrift vervielfältigt werden. Es gehören dahin also Lieder, Symphonien, Concertstücke, Sonaten u. s. f.

Eine musikalische Composition kann mit einem dramatischen Werk als

¹⁾ Ohne Erlaubnis des Componisten dürfen also die Vereine nicht mehr Lieder auto- oder hystographiren lassen.

²⁾ Vergl. v. Büttlingen, das musikalische Urheberrecht. Wien 1864.

Oper oder Melodrama (Operette, Singspiel) u. dgl. zu einem Ganzen verbunden sein. Niedurch entsteht der Begriff des musikalisch-dramatischen Werkes, den auch unser Gesetz in Uebereinstimmung mit den fremden Legislationen aufgenommen hat. Hier kann ein Aufführungsrecht an dem Werk bestehen, obwohl der Text desselben (z. B. ein Gedicht (Götthes) längst Gemeingut geworden ist. Nicht in diese Kategorie fallen Kantaten und Oratorien¹⁾; hier ist zwar allerdings auch der Composition ein Text in Worten unterlegt; allein derselbe eignet sich nicht zur äußern Darstellung der Handlung durch die agirenden Personen.

Bei musikalischen Werken steht das Aufführungsrecht dem Componisten²⁾ zu, bei dramatischen dem Dichter, bei dramatisch-musikalischen wird im Zweifel der Richter zu entscheiden haben, ob das musikalische oder das dramatische Element überwiege. Letzteres ist z. B. der Fall bei einem Schauspiel mit Couplet-Einlagen³⁾.

Der § 51 des deutschen Gesetzes von 1870 enthält die zweckmäßige Bestimmung: „Sind mehrere Urheber vorhanden, so ist zur Veranstaltung der öffentlichen Aufführung die Genehmigung jedes Urhebers erforderlich“. Ferner enthält § 50 Abs. 1 die Vorschrift: „Musikalische Werke, welche durch den Druck veröffentlicht worden sind, können ohne Genehmigung des Urhebers öffentlich aufgeführt werden, falls nicht der Urheber auf dem Titelblatt oder an der Spitze des Werkes sich das Recht der öffentlichen Aufführung vorbehalten hat“.

In Betreff der Aufführung rein musikalischer Werke (im Gegensatz zu den dramatisch-musikalischen) besteht eine Abweichung zwischen der deutschen und der französischen Gesetzgebung. Nach französischem Recht dürfen musikalische Werke (Symphonien, Sonaten u. s. w.), gleichviel ob sie bereits gedruckt sind oder nicht, ohne Genehmigung des Urhebers nicht öffentlich aufgeführt, also z. B. auch nicht in Konzerten gespielt werden⁴⁾.

¹⁾ Auch das Ballet darf nicht als dramatisch-musikalisches Werk gelten; denn eine Pantomime ist kein Drama und es ist daher nur als musikalisches Werk zu schätzen. Dies ist zwar kontrovers. Vergl. Mandry a. a. D. S. 308. v. Plittingen S. 46. Rohrer S. 187. Das italienische Gesetz vom 19. September 1882 Art. 1 schließt dagegen auch „un' azione coreografica“, d. h. die Aufführung eines Balletes.

²⁾ Nach der deutschen Gesetzgebung (§ 51 Reichsgesetz von 1870) steht, auch wenn dem musikalischen Werk ein Text unterlegt ist, das Aufführungsrecht dem Componisten allein zu. Ebenso bei dramatisch-musikalischen Werken. Vergl. Klostermann a. a. D. S. 67 und S. 155. Zambach S. 238.

³⁾ Vergl. Mandry a. a. D. S. 307 und im Allg. Klostermann a. a. D. S. 68.

⁴⁾ Pouillet a. a. D. p. 599. Nr. 802.

Nach deutschem Recht dagegen (s. oben S 50 Abs. 4) ist die Aufführung gedruckter musikalischer Werke allgemein gestattet, falls nicht der Urheber sich das Recht der Aufführung ausdrücklich auf dem Titel vorbehalten hat.

Dies ist maassgebend für den internationalen Verkehr. Unser Bundesgesetz sagt nun bloß, der Urheber solcher Werke zc. (aller drei Kategorien) könne die Aufführung an spezielle Bedingungen knüpfen, insofern er diese an der Spitze des Werkes veröffentlicht. Also können bei uns jedenfalls noch ungedruckte Compositionen ohne Erlaubniß des Urhebers nicht aufgeführt werden; bei allen andern aber, auch bei dramatischen Werken, wird es davon abhängen, welche Vorbehalte der Urheber, also bei Dramen der Verfasser, bei musikalischen Werken der Componist, bei dramatisch-musikalischen der eine oder der andere (siehe oben), auf dem Titel oder an der Spitze des Werkes gemacht hat.

Wenn Absatz 3 unsers Artikels die Cantième im Maximum auf 2% der Brutto-Einnahme (an der Theaterkasse u. s. f.) beschränkt, so läßt sich dagegen im allgemeinen Interesse nicht viel einwenden.

Dagegen dürfte die Bestimmung des vierten Absatzes unsers Artikels, welche erst durch die nationalrätliche Commission in den Text hineingebracht wurde, auf den ersten Blick Bedenken erregen; denn sie scheint in Widerspruch zu stehen mit Abs. 2. Aber es darf wohl voraus gesetzt werden, daß die Meinung des Gesetzes die ist, sie solle nur zur Anwendung kommen, wenn auch die speziellen Bedingungen, die der Urheber selbst an der Spitze seines Werkes veröffentlicht hat, erfüllt sind.

Im französisch-schweizerischen Staatsvertrag heißt es in Art. 20 am Schluß: „Le droit des auteurs dramatiques ou compositeurs sera perçu¹⁾ d'après les bases qui seront arrêtées entre les parties intéressées“. Es ist hier der Vereinbarung der Parteien, also eines dramatischen Schriftstellers mit einem Bühneninhaber, oder eines Componisten mit einer Concert-Direction frei gegeben, wie sie sich über Cantième, Art der Aufführung u. s. f. verständigen wollen und es sind daher verschiedene Verträge des gleichen Urhebers mit verschiedenen Bühnen oder Musik-Instituten möglich. Daß aber der Verfasser eines Dramas die Aufführung seines Stückes auf jeder Bühne oder zu einer Zeit, die ihm unpassend scheint, dulden muß nur darum, weil ihm die Bezahlung der Cantième gesichert ist, dürfte kaum zu rechtfertigen sein.

¹⁾ Die deutsche Uebersetzung (s. Beilage 5) ist nicht genau. Le droit bedeutet hier das Recht des Bezuges einer Cantième.

Unsere Staatsverträge mit Deutschland, Frankreich, Belgien und Italien sprechen ausdrücklich auch von den Uebersetzungen dramatischer Werke. Der Verfasser einer rechtmäßigen Uebersetzung eines Dramas genießt in Beziehung auf das ausschließliche Recht der Aufführung den gleichen Schutz wie der Urheber. Dagegen ist die öffentliche Aufführung einer rechtswidrigen Uebersetzung nicht gestattet. Wir müssen annehmen, daß diese Regeln sich aus den allgemeinen Prinzipien ergeben, auch wenn sie im Gesetz nicht ausdrücklich erwähnt sind.

Art. 8.

Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden auch Anwendung auf geographische, topographische, naturwissenschaftliche, architektonische, technische und ähnliche Zeichnungen und Abbildungen.

Dieser Artikel entspricht dem § 43 des deutschen Gesetzes von 1870, welches letztere aber noch den zweckmäßigen Nachsatz enthält: „welche (sc. Zeichnungen) nach ihrem Hauptzweck nicht als Kunstwerke zu betrachten sind“.

Unser Artikel behandelt also lediglich den Schutz solcher Abbildungen und Zeichnungen, bei denen ein wissenschaftlicher, nicht ein künstlerischer Zweck obwaltet, welche, wie ein Erkenntniß des Kammergerichtes in Berlin ¹⁾ sich ausdrückt: „als graphische Veranschaulichung wissenschaftlicher Ideen auftreten“. Dabei darf aber beigefügt werden, daß solche Zeichnungen nicht nur der Wissenschaft im strengen Sinne dienen, sondern der Belehrung im weitesten Umfang des Wertes. Es gehören also hieher namentlich Landkarten, Stadtpläne, astronomische Karten, medizinische (anatomische), botanische, mineralogische Zeichnungen, Zeichnungen von Bauberten, Wappen, Münzbilder und dahnliches. Indessen ist, wie Dambach in seinem Rommentar bemerkt, doch auch bei diesen Zeichnungen und Abbildungen erforderlich, daß sie das Produkt einer eigenen geistigen Thätigkeit des Urhebers seien und daß sie sich dazu eignen, Gegenstand eines literarischen Werkes, des Verlags, zu bilden.

Weil der erste Artikel unsers Bundesgesetzes nur von Werken der Litteratur und Kunst redet, so war es durchaus notwendig, auch dieser wissenschaftlichen Zeichnungen, wie wir sie nach obigen Erklärungen kurzweg bezeichnen wollen, in einem eigenen Artikel Erwähnung zu thun.

¹⁾ Holtzammer, Archiv für preussisches Staatsrecht V. S. 630.
v. Drelli, Urheberrecht.

Die Gesetze über Urheberrecht schützen sie überall und so auch unsere Vitterar=Conventionen mit auswärtigen Staaten.

Zeichnische und ähnliche Zeichnungen. Was ist hierunter zu verstehen? Die Frage ist deshalb nicht ganz einfach, weil wir uns hier auf der Grenze befinden, welche Musterzeichnungen (dessins) und Modelle, die in der Schweiz keinen Schutz gegen unerlaubte Nachahmung genießen, nahe berühren. Wir zitiren hier wörtlich die Ausführungen Mandry's¹⁾, welcher u. G. ganz richtig folgende Beispiele auführt und erörtert: „Beschützt sind auch die Zeichnungen von Maschinen und Geräthschaften, die Modelle²⁾, die Zeichnungen (Muster) von und für Webereien, Stidereien u. s. f., für den Zeichnungsunterricht bestimmte Vorlagen, Ornamentzeichnungen u. s. w. Nur wenn die Zeichnung oder Abbildung selbst als Industriegegenstand, beziehungsweise als Theil eines solchen erscheint, ist der Schutz nicht gerechtfertigt. Dies aber ist der Fall bei Zeichnungen und Abbildungen, namentlich der Ornamentik und dem Dessin an und in Gebrauch=, überhaupt Industriegegenständen; dann aber auch bei Zeichnungen, die als unmittelbare Handhabe für die Production von Industriegegenständen dienen, wie z. B. die als Kartons dienenden Schnittmuster; überhaupt bei allen Zeichnungen, bei denen das einzelne Exemplar prinzipiell nicht als Träger von Gedanken und Anschauungen, als Vorlage, sondern als Gegenstand des materiellen Gebrauchs erscheint, wie dies z. B. der Fall ist bei den zum Zerlegen und Wiederausammensetzen durch die Kinder bestimmten Zeichnungen und ähnlichen Kinderspielen, bei den Modellkartons, bei den zum Malen und Ausstechen bestimmten Bilderbogen, bei den zum Nachfahren auf denselben Papier eingerichteten Schreib= und Zeichenvorlagen u. s. f.“

Plastische Darstellungen, auch wissenschaftlicher Art, fallen nicht unter den Schutz des Gesetzes; denn es sind hier nur solche Zeichnungen und Abbildungen verstanden, welche, wie Schriftwerke, durch Druck, Stich oder ein ähnliches Verfahren verbreitet werden. So gilt es auch nach dem deutschen Reichsgesetz³⁾, die französische Gesetzgebung enthält hierüber keine ausdrückliche Bestimmung; die Gerichtspraxis in Frankreich schützt aber auch plastische wissenschaftliche Erzeugnisse, wie z. B. Reliefarten, gegen Nachbildung⁴⁾.

¹⁾ a. a. D. S. 267. Siehe auch Wächter I. S. 137.

²⁾ Dies ist Fontrovers, siehe Boltzammer, Archiv V. S. 628 ff.

³⁾ Siehe Dambad a. a. D. S. 216.

⁴⁾ Vergl. Rohrer a. a. D. S. 186.

Art. 9.

Erzeugnisse der Photographie und andere ähnliche Werke genießen die Vortheile dieses Gesetzes unter folgenden Bedingungen:

- a. Das Werk muß nach Art. 3, Absatz 1, eingetragen sein.
- b. Die Dauer des Werbielfältigungsrechtes wird auf fünf Jahre festgesetzt, vom Tage der Einschreibung an gerechnet. Wenn es sich um die Werbielfältigung eines noch nicht zum Gemeingut gewordenen künstlerischen Werkes handelt, so richtet sich die Dauer des Werbielfältigungsrechtes nach der Vereinbarung zwischen dem Photographen und dem Berechtigten. In Ermangelung einer hierauf bezüglichen Vereinbarung bleibt die Dauer auf fünf Jahre bestimmt, nach deren Ablauf der Urheber des Kunstwerkes oder dessen Rechtsnachfolger wieder in alle ihm durch Art. 2 gewährten Rechte eintritt.
- c. Wenn das Werk auf Bestellung ausgeführt worden ist, so steht dem Photographen das Werbielfältigungsrecht nicht zu, es sei denn, daß gegenseitige Vereinbarungen getroffen worden sind.

Die neue Originalaufnahme eines bereits photographirten Gegenstandes gilt nicht als Nachbildung.

Es ließe sich hier zunächst die Frage aufwerfen, ob in einem Gesetz betreffend Urheberrecht an Werken der Literatur und Kunst überhaupt von der Photographie die Rede sein dürfte; denn dieselbe beruht wesentlich auf einem mechanischen Verfahren und nicht auf einer eigenen Geistes-thätigkeit. Wenn auch heutzutage bei vielen sichbildern eine gewisse künstlerische Fertigkeit des Photographen durch Gruppirung u. s. f. zu dem physikalisch-chemischen Prozeß hinzutritt, so ist dies doch sekundärer Natur und kann ja auch der Fall sein bei Musterverzeichnungen, die wir nicht als artistisches Erzeugniß qualifiziren. Photographien sind wesentlich Industrie-Erzeugnisse und der Schutz derselben ist nur ein Schutz des gewerblichen Unternehmers gegen unbefugte Ausbeutung der auf die Herstellung der Originalaufnahme verwendeten Mühe und Kosten. Von einem Urheberrecht im eigentlichen Sinn des Wortes kann hier nicht gesprochen werden. Es macht sich jedenfalls eigenthümlich, daß wir in unser Bundesgesetz, das zum ersten Mal und nach hartnäckigem Widerstreit das litterarische

und künstlerische Eigentum im ganzen Gebiet der Eidgenossenschaft zur Geltung und Anerkennung bringt, auch den Schutz der Photographien aufnehmen, während man von einem Muster- und Modellschutz noch nichts wissen will.

Wichtiger würden diese Bestimmungen in ein Spezialgesetz verweisen; ursprünglich stunden sie — diese untergeordnete Stellung der Photographie andeutend — ganz am Ende des Entwurfes, gleichsam als ein Anhang; erst die ständerätliche Kommission rückte den früheren Artikel 18 an diese Stelle. Darüber, daß der Photographie ein gewisser Schutz gebühre, waren die Kommissionen und die Bundesversammlung einig und so hielt man es für das Einfachste, die betreffenden Vorschriften hier einzureihen und zwar in diesem ersten Theil des Gesetzes, der von dem Umfang des Urheberrechts handelt (Art. 1—9), während die späteren Artikel die Verletzungen und deren Folgen normiren.

Die deutsche Gesetzgebung hat durch ein eigenes Reichsgesetz vom 10. Januar 1876 den Schutz der Photographien geregelt und dergleichen hat auch die neueste englische Copy-right Acte von 1879 ein gewisses Urheberrecht an Photographien anerkannt. Ebenso erwähnt jetzt auch die neue Vitterar-Convention zwischen Frankreich und der Schweiz vom Jahre 1882 die Photographien als zu schützende Objekte, während dies nach dem Staatsvertrag von 1864 noch nicht der Fall gewesen war.

Was nun die richtige Interpretation unseres Art. 9 anbelangt, so ist hier vor Allem zu betonen, daß das Photographiren eines Gegenstandes, der unter dem Schutz des Gesetzes steht, also z. B. eines Gemäldes, eines Kupferstiches, einer Statue, nach Art. 1 ausgeschlossen ist, wenn nicht eine Verstäudigung mit dem Urheber stattgefunden hat¹⁾. Solche unerlaubte Nachbildungen²⁾ sollen nicht etwa noch privilegiert werden! Unser Artikel handelt nur von den sogenannten Original-Photographien. Wenn

¹⁾ Das citirte D. Phot.-Ges. v. 1876 sagt in § 1 Abs. 2 ausdrücklich: Auf Photographien von solchen Werken, welche gesetzlich gegen Nachdruck oder Nachbildung noch geschützt sind, findet das gegenwärtige Gesetz keine Anwendung.

²⁾ Schon unsere bisherige Gerichtspraxis auf Grundlage des Concordates hatte die photographische Nachbildung von Kunstwerken — weil auf keiner eigenen Geistes-thätigkeit beruhend — für unerlaubt erklärt. Vergl. zwei Berner Urtheile vom 22. October 1860 und 9. November 1870, letzteres in Sachen Rorvodi c. Eisenberger, wegen photographischer Aufnahme des schweizerischen Generalsabs in der Zeitschr. des Bern. Juristen-Vereins I. 244 und VII. 123 und Urtheil des Zürcher Obergerichts vom 21. Mai 1864 in Sachen Hagelberg, in Swalters Zeitschr. für Zürcher Rechtspflege XIV. S. 116 ff.

also ein Photograph sichbilder nach der Natur neu und selbstständig aufnimmt (Landschaften, Gebäude, Personen in Kostümen u. s. f.), dann genießt er für dieses sein Werk den verdienten Schutz, ebenso wenn er ein Kunstwerk photographirt, das bereits Gemeingut geworden ist.

Allein ein solches sichbild (Photographien und ähnliche Werke sagt das Gesetz und meint damit auch Photolithographien, Daguerrotypen und andere durch Sichtzerlegung erzeugte Bilder) genießt den Schutz nur, wenn es eingetragen¹⁾ wird, weil die Schutzdauer nur auf eine beschränkte Zeit, nämlich fünf Jahre, eingedrängt und nicht wie bei Kunstwerken, vom Todestag des Künstlers an berechnet wird. Die Berechnung erfolgt daher vom Datum der Einregistrierung an.

Sodann besitzt der Photograph ein Urheberrecht nicht, wenn er auf Bestellung ein Bild verfertigt, während der Maler oder Bildhauer das Urheberrecht auch an dem bestellten Kunstwerk nicht verliert, sofern es nicht ein Porträt ist. Nach Ablauf der fünf Jahre wird die Photographie Gemeingut und kann also nach Belieben vervielfältigt werden. Die Ausnahme des Porträts (Art. 5 Abs. 2) gilt in erweitertem Sinne auch für Photographen nach Abs. c.: wenn (überhaupt) ein Werk auf Bestellung ausgeführt wurde, so hat der Besteller, und nicht der Photograph, das Vervielfältigungsrecht, vorbehalten gegenseitige Vereinbarungen.

Die Schutzfrist war im ersten Entwurf der Expertenkommission auf 15 Jahre festgestellt worden; die nationalrätliche Kommission reduzierte sie auf 10 Jahre, Ständerath und Bundesversammlung in Uebereinstimmung mit dem deutschen Gesetz auf 5 Jahre. Dagegen hatte schon der ursprüngliche Entwurf den Passus enthalten (jetzt in Abs. b.): „Wenn es sich um die Vervielfältigung eines noch nicht zum Gemeingut gewordenen Werkes handelt, so richtet sich die Dauer des Vervielfältigungsrechtes nach der Vereinbarung zwischen dem Photographen und dem Berechtigten; dabei hatte der erste Entwurf beigefügt „gleichviel, ob sie dadurch auf mehr oder weniger als 15 Jahre festgesetzt ist“, während die nationalrätliche Kommission sagte: „wo keine solche Bestimmung (z. unter den Kontrahenten) vorhanden

¹⁾ Die deutsche Gesetzgebung verlangt keine Einregistrierung, sondern daß auf der Abbildung selbst oder auf dem Karton enthalten sei:

- a. Der Name, beziehungsweise die Firma des Verfertigers der Originalaufnahme oder des Verlegers;
- b. der Wohnort des Verfertigers oder Verlegers;
- c. das Kalenderjahr, in welchem die rechtmäßige Abbildung zuerst erschienen ist.

Die Frist wird sodann vom Ablauf desjenigen Kalenderjahres an berechnet, in welchem die Originalaufnahme zuerst erschienen ist.

ist, soll sich die Schrift auf 10 Jahre erstrecken. Hier handelt es sich also um Photographien, die nicht nach der Natur, sondern nach einem Kunstwerke gemacht werden. Wegen diese Bestimmung hatte die Gesellschaft der schweizerischen Maler und Bildhauer reklamirt, indem sie fürchtete, eine solche scheintbar nur die Photographen betreffende Verstärkung der Dauer des Urheberrechts benachtheilige im Grunde die Künstler selbst. Der Bericht der nationalrätlichen Kommission bemerkt hierzu: „Diese Auffassung ist jedoch eine irrthümliche. Indem die angesprochene Stelle des Art. 18 (jetzt 9) in Ermanglung einer Vereinbarung eine zehnjährige (jetzt fünfjährige) Schrift aufstellt, will sie nicht sagen, daß mit deren Ablauf die Photographie Gemeingut werde, sondern nur, daß das dem Photographen vom Urheber zedirte Recht erlösche. Der Letztere tritt daher nach Ablauf dieser Schrift wieder in das ihm durch Art. 2 gewährte Recht der freien Verfügung ein. Um alle Zweideutigkeit zu vermeiden, dürfte dem Satze: „In Ermanglung einer hierauf bezüglichen Vereinbarung bleibt die Dauer auf zehn Jahre bestimmt“ — der Zusatz beigefügt werden: „nach deren Ablauf der Urheber des Kunstwerkes oder dessen Rechtsnachfolger wieder in alle ihm durch Art. 2 gewährten Rechte eintritt.“

Dieser Zusatz wurde denn auch angenommen und im Uebrigen reduzirte man, wie schon bemerkt, die zehn Jahre in fünf.

In unserm ganzen Bundesgesetz hat man sich einer außerordentlichen Kürze beflissen; dieselbe geht oft fast zu weit und so gerade auch hier in diesem einzigen Artikel über geschützte Photographien. Man wird daher bei allfälligen Zweifeln gut thun, sich in der deutschen Gesetzgebung Rath zu holen.

Der Schlußatz unvers Art. 9 sagt: „Die neue Originalaufnahme eines bereits photographirten Gegenstandes gilt nicht als Nachbildung“. Diese Vorschrift versteht sich ziemlich von selbst; sie hat eine gewisse Ähnlichkeit mit Art. 2 Abs. 4, betreffend Uebersetzungen.

Nichtiger hätte uns gechieneu, in einem besondern Artikel zu sagen: Auf Photographien von solchen Werken, welche gesetzlich gegen Nachbildung noch geschützt sind, findet dieses Gesetz keine Anwendung.

Die Nachbildung eines photographischen Werkes, wenn sie sich an einem Erzeugniß der Industrie, der Fabriken, Handwerke oder Manufaktur befindet, ist als eine verbotene nicht anzusehen.

Das Letztere ist in unserm Gesetz nicht erwähnt. Dagegen wird dies in § 4 des zitierten deutschen Reichsgesetzes ¹⁾ ausdrücklich gesagt und dürfte

¹⁾ Vergl. Räschter, Urheberrecht an Werken der bildenden Kunst. S. 293.

unzweifelhaft auch in der Schweiz gelten; denn wir werden doch im Schutze von Photographien nicht weiter gehen wollen, als andere ausländische Gesetgebungen.

Art. 10.

Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden Anwendung auf die in der Schweiz domizilirten Urheber für alle ihre Werke, gleichviel, wo dieselben erscheinen oder veröffentlicht werden; sodann auf die nicht in der Schweiz domizilirten Urheber für diejenigen Werke, welche in der Schweiz erscheinen oder veröffentlicht werden.

Die nicht in der Schweiz domizilirten Urheber genießen für diejenigen Werke, die im Ausland erscheinen oder veröffentlicht werden, die gleichen Rechte, wie die Urheber der in der Schweiz erscheinenden Werke, sofern die letztern in dem betreffenden Lande gleich behandelt werden, wie die Urheber der daselbst erscheinenden Werke.

Dieser Artikel hatte früher als Art. 17 folgende längere Fassung: „Die Urheber von Werken, die im Ausland erscheinen oder aufgeführt werden, sollen die gleichen Rechte genießen, wie die Urheber von Werken, die in der Schweiz erscheinen oder dargestellt oder aufgeführt werden, wenn für die letztern im betreffenden auswärtigen Lande Gegenseitigkeit geübt wird.“

Die ständeräthliche Kommission fand, dieser Artikel stehe nicht an der rechten Stelle, er gehöre systematisch zu denjenigen Bestimmungen, welche den Umfang des Urheberrechts normiren und solle deshalb nicht durch die Strafbestimmungen von demselben getrennt werden. Er wurde also an die jetzige Stelle verwiesen und zudem die Fassung bedeutend erweitert, indem nun auch die Werke angegeben werden, welche ohne Weiteres unter den Schutz des Gesetzes fallen, was bei der eben angegebenen frühern Fassung nicht der Fall gewesen war.

Absatz 1: Dieser spricht das Prinzip der Nationalität des Urhebers und der Nationalität des Werkes als Bedingung des Schutzes aus.

Das Gesetz soll also zunächst Gültigkeit haben für alle Werke der in der Schweiz domizilirten (d. h. einen festen Wohnsitz habenden) Urheber, seien diese Schweizer oder Ausländer. Aber das Gesetz geht noch weiter, der Schutz tritt nämlich selbst dann ein, wenn die von in der Schweiz

domilicirten Urhebern verfaßten Schriften oder geschaffenen Kunstwerke im Ausland¹⁾ erscheinen, indem — sagt der ständerätliche Commissionarbericht — wir von der Erwägung geleitet wurden, daß es unthunlich sei, in der nächsten Umgebung des Autors Nachbildungen zu gestatten, wenn derselbe auch aus irgend einem Grunde es vorgezogen habe, sein Werk nicht an seinem Wohnort zu publiciren.

Werte, deren Urheber im Ausland wohnen, die aber in der Schweiz publicirt werden, sollen mit Rücksicht auf das letztere Moment unbedingt den Schutz des Gesetzes genießen. Das bezeichnet man eben mit dem Ausbruch: die Nationalität des Werkes²⁾; denn es wird geschützt, weil es auf schweizerischem Boden veröffentlicht wird, sei nun der Urheber ein Schweizer oder ein Fremder, und wohne derselbe selbst im Ausland.

Abt. 2 hat vorzugsweise Bedeutung für solche Staaten, mit denen noch keine besondern Verträge über gegenseitigen Schutz des Urheberrechts geschlossen sind. Die Gegenseitigkeit ist so zu verstehen, daß jedes Land seine Gesetzgebung auch auf die in Folge Gegenrechtes geschützten literarischen und künstlerischen Produkte anwende.

In einer Beziehung war der frühere Artikel besser redigirt als der jetzige. Statt „erscheinen oder veröffentlicht werden“ hieß es „erscheinen oder aufgeführt werden“. Natürlich soll in dem Ausdruck „veröffentlichen“ die Aufführung dramatischer, musikalischer und dramatisch-musikalischer Werke imbegriffen sein.

Art. 11.

Eine Verletzung des Urheberrechtes wird nicht begangen:

A. an Werken der Litteratur:

1. durch Aufnahme von Auszügen oder ganzen Stücken aus belletristischen oder wissenschaftlichen Werken in Zeitschriften, literarisch-historischen Werken und Sammlungen zum Schulgebrauch, sofern die benutzte Quelle angegeben wird;
2. durch die Vervielfältigung von Gesetzen, Beschlüssen und Verhandlungen der Behörden und von öffentlichen Verwaltungsberichten;

¹⁾ Soweit Staatsverträge mit auswärtigen Staaten bestehen, sind diese natürlich in erster Linie maßgebend.

²⁾ Das deutsche Reichsgesetz v. 1870 hat in den §§ 61 und 62 etwas andere Bestimmungen.

3. durch die Veröffentlichung von Berichten über öffentliche Versammlungen;
4. durch den unter Quellenangabe erfolgenden Abdruck von Artikeln aus Tagesblättern und Zeitchriften, es sei denn, daß der Urheber in dem betreffenden Tagesblatt oder der Zeitschrift ausdrücklich den Abdruck verboten hat; für Artikel politischen Inhalts, welche in den Tagesblättern erschienen sind, ist ein solches Verbot unwirksam;
5. durch den Abdruck von Tagesneuigkeiten, selbst wenn die Quelle derselben nicht angegeben wird;

B. an Werken der bildenden Künste:

6. durch die theilweise Uebergabe eines den bildenden Künsten angehörigen Werkes in einem für den Schulunterricht bestimmten Werke;
7. durch die Nachbildung von Kunstgegenständen, welche sich bleibend auf Straßen oder öffentlichen Plätzen befinden, vorausgesetzt, daß diese Nachbildung nicht in der Kunstform des Originals stattfindet;
8. durch die Aufnahme oder Ausführung von Plänen und Zeichnungen bereits erstellter Gebäude oder Theilen derselben, sofern diese letztern nicht einen spezifisch künstlerischen Charakter haben;

C. an dramatischen und musikalischen Werken:

9. durch die Aufnahme bereits veröffentlichter, kleinerer musikalischer Compositionen in ein speziell für die Schule oder Kirche bestimmtes Sammelwerk, mit oder ohne Originaltext, unter der Voraussetzung, daß die Quelle angegeben wird;
10. durch die Aufführung von dramatischen, musikalischen oder dramatisch-musikalischen Werken, welche ohne Absicht auf Gewinn veranstaltet wird, wenn auch aus derselben eine Einnahme zum Zwecke der Kostenbedeckung oder zu Gunsten eines wohlthätigen Zweckes erzielt wird;
11. durch die Benutzung musikalischer Compositionen für Spielwerke.

Es folgen jetzt eine Reihe von Bestimmungen, ausgeschrieben nach den drei Hauptgruppen des Urheberrechts, über Fälle wo eine Verletzung nicht stattfindet. Es sind dieselben mit wenigen Modifikationsverbesserungen nach dem Entwurfe des Bundesrathes angenommen worden und entsprechen den Grundsätzen, die in den ausländischen Gesetzgebungen anerkannt sind und theilweise auch schon im Konordat von 1856 enthalten waren.

A. an Werken der Litteratur:

1. Durch Aufnahme von Auszügen oder ganzen Stücken aus belletristischen oder wissenschaftlichen Werken in Kritiken, literarisch-historischen Werken und Sammlungen zum Schulgebrauch, sofern die benutzte Quelle angegeben wird.

Diesem Artikel entspricht die Bestimmung des Konordats Art. 4 Z. 4 „durch die Aufnahme einzelner Stellen, Aufsätze oder Abschnitte in ein *Sammelwerk*“, und in viel genauerer und sorgfältiger Modifikation sagt das deutsche Reichsgesetz von 1870 § 7 Z. 1: „Als Nachdruck ist nicht anzusehen: das wörtliche Anführen einzelner Stellen oder kleinere Theile eines bereits veröffentlichten Werkes oder die Aufnahme bereits veröffentlichter Schriften von geringerem Umfang in ein größeres Ganzes, sobald dieses nach seinem Hauptinhalt ein selbstständiges, wissenschaftliches Werk ist, sowie in Sammlungen, welche aus Werken mehrerer Schriftsteller zum Kirchens-, Schul- und Unterrichtsgebrauch oder zu einem eigenthümlichen literarischen Zwecke veranstaltet werden. Vorausgesetzt ist jedoch, daß der Urheber oder die benutzte Quelle angegeben ist“.

Dem Sinne nach gleich sind die Vorschriften des österreichischen Gesetzes von 1846 § 5 Abs. a und b. Auch unsere Staatsverträge enthalten ganz analoge Bestimmungen.

Diese Ausnahme von dem strengen Verbot des gänzlichen oder theilweisen Nachdruckes ist durchaus notwendig im Interesse der freien wissenschaftlichen Forschung, der Fortentwicklung der Litteratur und der Erziehung des Volkes. Wie sollte eine wissenschaftliche Kritik möglich sein ohne Abdruck ganzer Stellen aus einem Werke? Wie sollte man Schul- und Lehrbücher verfassen können, wenn nicht das Beste aus der vorhandenen Litteratur über den fraglichen Gegenstand verwertet werden darf? Allen die Quelle soll angegeben werden; darauf hat der Verfasser einen berechtigten und jetzt durch das Gesetz geschützten Anspruch. Wenn auch in unserm Bundesgesetz nur Sammlungen zum Schulgebrauch ausdrücklich genannt

sind, so unterliegt es doch gar keinem Zweifel, daß auch solche zum Kirchengebrauch (religiöse Lehrbücher, Kirchengesangbücher) mit inbegriffen sind.

Allein so sehr nun auch diese Ausnahme innerlich gerechtfertigt ist, so kann sie doch dazu mißbraucht werden, um einen wirklichen und beabsichtigten Nachdruck künstlich zu verhüllen. Es ist daher vorerst notwendig, sich den Begriff der Sammlung oder des Sammelwerthes klar zu machen. Hierüber hat sich das zürcherische Obergericht schon im Jahr 1863 in Anwendung der betreffenden Kontoratsbestimmung auszusprechen Gelegenheit gehabt in dem Prozesse der Musikalienhandlung Gebrüder Hug contra Weiß, Buchdrucker in Nörigen¹⁾, wegen Nachdruckes einiger Abtischen Kompositionen, für welche Klägerin ein ausschließliches Verlagsrecht erworben hatte. Nach Erwägung 4 jenes Urtheils „sind unter Sammelwerk (Sammlung) nicht beliebige Zusammenstellungen, sondern nur solche Sammlungen zu verstehen, welche durch ihren historischen, kritischen oder literarischen Charakter belehren wollen und deren systematische Anordnung auch eine selbstständige Thätigkeit des Herausgebers erfordert. In einem Werke über die Geschichte der Musik oder über Harmonielehre wäre es also wohl erlaubt, auch ein Lied von Abt an passender Stelle einzureihen, während es sich hier um eine ganz gewöhnliche, ohne alles System angelegte Niedersammlung handelt, welche für Schulen und Gesangsvereine bestimmt ist“. Anthropologien, Chrestomathien, Schulbücher, Werke über Kunstgeschichte u. s. f. sind Sammlungen im Sinne des Gesetzes; in allen diesen wird eine gewisse systematische Anordnung, die Auswahl des Stoffes nach einer bestimmten Methode verbunden und geboten sein; daher sagt unser Gesetz „Sammlungen zum Schulgebrauch“, d. h. überhaupt zum Unterricht. Es kann also ein Buch sich „Sammlung“ tituliren und doch ein schändliches Plagiat enthalten, und umgekehrt könnte ein Sammelwerk nicht gerade für die Schule, sondern für den Selbstunterricht bestimmt sein und doch den Vortheil dieser gesetzlichen Ausnahmsbestimmung genießen.

Kommt etwas an auf den Umfang der Zitate, die aus einem fremden Werk, das noch nicht Gemeingut geworden, entnommen sind? Das scholturnische Zivilgesetzbuch, welches in den §§ 1404—1414 einige Bestimmungen über das Urheberrecht enthält, welche nun durch das vorliegende

¹⁾ Abgedruckt in Schwalters Zeitschrift der Zürcher. Rechtspflege XIII. S. 34 ff. Vergl. auch Urtheil der Appellationskammer von Bern vom 8. Oktober 1864 betreffend Aufnahme einer Novelle in ein Unterhaltungsblatt. Abgedruckt in der Zeitschrift des Berner. Juristenvereins I. S. 246.

Bundesgesetz abolirt werden, sagt in § 1410: „Die Aufnahme einzelner litterarischer oder künstlerischer Erzeugnisse von kleinerem Umfang in größere Sammlungen wird nicht als eine Verletzung des Autorsrechts angesehen, sofern dieselbe nicht im Uebermaß geschieht“. Der § 82 des Blutschlichen Entwurfes für ein zürcherisches Privatgesetzbuch lautete ähnlich. Dagegen hat das österreichische Gesetz von 1846 in § 5 b die Vorschrift: „es darf der entlehnte Ausfluß weder einen Druckbogen des Werkes, welchem es entnommen ist, überschreiten, noch als selbstständige Zugchrift ausgegeben werden“. Allein auf das plus oder minus kann es doch nicht wohl ankommen; entscheidend wird sein die Absicht des Verfassers und der Charakter der Sammlung. Bei Berathung des deutschen Reichsgesetzes hatte man über diesen Punkt lange debattirt und schließlich gefunden, es sei besser, über den Umfang der Citate nichts zu sagen. Dambad¹⁾ bemerkt hiezu Folgendes: „Es bleibt in jedem einzelnen Fall der Beurtheilung des Richters, geeigneten Falles unter Zugiehung von Sachverständigen, überlassen, festzustellen, ob der Umfang und die Art der Citate etwa deraartig ist, daß es sich in Wahrheit nicht um das Anführen einzelner Stellen (Auszüge), sondern um einen partiellen Nachdruck handelt. Als wesentlicher Gesichtspunkt wird hiefür maßgebend sein, ob die Benutzung eine solche Ausdehnung genommen habe, daß die alte Schrift durch die neue wesentlich wiedergegeben wird, und ob gerade die besten Stellen, der Kern des alten Werkes, wonach etwa das Bedürfnis des Publikums am meisten greift, dergestalt ausgeplücht worden ist, daß man sich das alte Werk nicht mehr anschaffen braucht, daß also namentlich der rechtmäßige Verleger des alten Werkes die „Konfurrenz des neuen nicht aushalten kann“²⁾.

Zeitungen und Journale sind keine Sammlungen im Sinne des Gesetzes. Es ist also nicht gestattet, Gedichte, Novellen, Erzählungen u. s. f., auch wenn der Name des Verfassers beigefügt wird, ohne dessen Einwilligung in Journalen zu veröffentlichen³⁾.

Das Gesetz spricht nur von Werken; also ist das Citiren von Stellen aus einem fremden, noch ungedruckten Manuscripte, nicht gestattet.

Die benutzte Quelle muß deutlich angegeben werden.

¹⁾ a. a. D. S. 79.

²⁾ Gutachten des preuß. litterar. Sachverständigen-Vereins vom 10. August 1842 bei Seidemann und Dambad, die preuß. Nachdrucksgesetzgebung 1863. S. 397.

³⁾ Vergl. Dambad a. a. D. S. 80.

2. Durch dieervielfältigung von Gesetzen, Beschlüssen und Verhandlungen der Behörden und von öffentlichen Verwaltungsbereichen.

Da jeder Bürger censurirt ist, die Gesetze und öffentlichen Verordnungen zu fernen, so sollte ihre Publikation und Verbreitung möglichst erleichtert werden. Dieser Grundsatz soll namentlich in unserer schweizerischen Republik zur vollen Geltung gelangen. Sehr richtig bemerkt Wächter¹⁾, daß die Gesetze einen Ausspruch des Staatswillens an die Gesamtheit bilden, welcher eben damit Gemeingut durch die Publikation werden muß und daß sie deshalb nicht Gegenstand eines ausschließlichen Verlagsrechts sein können. Dagegen dürfen natürlich von Privatpersonen veranstaltete Bearbeitungen von Gesetzen und Verordnungen, insbesondere aber kritische und erläuternde Besprechungen (Commentare) ein Urheberrecht beanspruchen.

Zweifelhaft kann sein, ob ein Werk, welches ein Beamter im amtlichen Auftrag" verfaßt hat, (z. B. eine revidirte und abgefügte Sammlung von Gesetzen und Verordnungen für einen Spezialzweck und dergleichen) unter obigen Titel falle. Es läßt sich dies nur nach den sonstigen Umständen des einzelnen Falles beurtheilen.

Verhandlungen der Behörden. Dabien sind also nicht bloß die Beratungen der gesetzgebenden Körper zu rechnen, sondern auch Gerichtsverhandlungen, Mittheilung von Urtheilen, Berichten und Rechtsurtheilen; dagegen glauben wir, im Gegensatz zu Gollub²⁾, daß an Urtheilen, welche in amtlicher Stellung abgegeben werden, ein Urheberrecht bestehe. Stichtig bemerkt Spöndli³⁾: „Der Verfasser des amtlichen Urtheils ist nur dazu verpflichtet, der Behörde die nöthige Kenntniß davon zu geben, nicht aber seinem Urheberrecht zu entsagen“. Gleichwohl kann unter Umständen sich der Veranlasser eines solchen Abdrucks der Verlesung des Urtheilsgeheimnisses oder eines Vergehens schuldig machen, welches strafrechtlich oder disciplinairisch zu ahnden ist.

Das deutsche Gesetz von 1870 braucht in Art. 7 den Ausdruck „öffentliche Aktenstücke und Verhandlungen aller Art“. Doctrin und Praxis fassen diese Worte im weitesten Sinne, so daß also hiezu gerechnet werden gerichtliche Erkenntnisse, amtliche Denkschriften, Entwürfe, Rechtschriften,

¹⁾ Verlagsrecht I. 143.

²⁾ Nachdruck S. 120.

³⁾ Ueber das Wesen des Verlagsrechts. Diss. Zürich 1867. S. 64.

Berichte, Protokolle¹⁾. Unzweifelhaft werden wir auch in der Schweiz diese Ziffer 2 in einem erweiterten Sinn interpretiren dürfen.

Das Konordat vom Jahre 1856 hatte in Art. 4 Z. 1 zwar ebenfalls erklärt, daß durch den Druck der Erlasse und Verhandlungen öffentlicher Behörden eine Verletzung des Urheberrechts nicht begangen werde, aber den Zusatz beigefügt: „insofern nicht die Bundes- oder eine Kantonsregierung die Herausgabe ihrer Erlasse auf einen Verleger überträgt“. Dieses letztere war auch früher in mehreren Kantonen der Fall. Nach dem jetzigen Gesetz ist es nicht mehr zulässig. Die Botchaft des Bundesrathes sagt dazu: „Für unsere Lage, unter der allgemeinen Verfassung demokratischer Einrichtungen, wo die Tagespresse die Erlasse und Verhandlungen der Behörden auf dem schnellsten Wege zur Kenntniß der Bürger bringen soll, scheint uns der Schlußsatz der Konordatsbestimmung veraltet. Der Nachdruck der amtlichen Gesetzesammlung wäre übrigens auch zu wenig einträglich, als daß man ihn zu befürchten brauchte“.

3. Durch die Veröffentlichung von Berichten über öffentliche Versammlungen.

Eine ähnliche Bestimmung enthält, wenn auch in päglicher Fassung, § 7 Z. d des deutschen Reichsgesetzes von 1870. Das Konordat sagte: „Durch den Druck öffentlich gehaltenen Reden“. Was in politischen und Gemeindeversammlungen oder in wirtschaftlichen, gesellschaftlichen Vereinen öffentlich und mündlich verhandelt wird, ist von Vorneherein Gemeingut und der Redner, auch wenn er das Gesagte später in Schrift setzt, kann doch nicht ein Urheberrecht beanspruchen. Allen es ist nicht zu übersehen, daß auch in politischen Versammlungen, in Volks- oder landwirtschaftlichen Vereinen häufig wirkliche Vorträge zur Belehrung und Unterhaltung gehalten werden und daß es unbillig sein würde, die Urheber solcher Vorträge gegen unbefugten Abdruck lediglich deshalb nicht zu schützen, weil dieselben in einer solchen Versammlung gehalten wurden. Man muß also wohl unterscheiden zwischen Reden, die in öffentlichen Versammlungen gehalten werden und eigentlichen Vorträgen. Offenbar ist dies auch der Sinn unserer sehr kurz gehaltenen Ziffer 3. Berichte über solche Versammlungen, worin auch die Reden der einzelnen Theilnehmer, sei es im Auszug, sei es in extenso, reproduziert werden, sind gestattet. Wissenschaftliche Vorträge¹⁾ dürfen aber nicht unter dem Deckmantel dieser Gesetzes-

¹⁾ Vambach a. a. O. S. 93.

bestimmung straflos ausgebeutet werden, sondern es sind nur Steferate über solche gestattet.

4. Durch den unter Quellenangabe erfolgenden Abdruck von Artikeln aus Tagesblättern und Zeitschriften, es sei denn, daß der Urheber in dem betreffenden Tagesblatt oder der Zeitschrift ausdrücklich den Abdruck verboten hat; für Artikel politischer Inhalts, welche in den Tagesblättern erschienen sind, ist ein solches Verbot unwirksam.

5. Durch den Abdruck von Tagesneuigkeiten, selbst wenn die Quelle derselben nicht angegeben wird.

Das Konordat von 1856 hatte ganz allgemein den Satz aufgestellt: Art. 4 §. 3 „eine Verletzung des Autorsrechts wird nicht begangen 3) durch den Druck der in Zeitungen erschienenen Aufsätze“.

Es wurde also nicht verlangt, daß die Quelle angegeben werde und da selbst, wenigstens dem Wortlaut nach, das Feuilleton auch nicht ausgeschlossen war, so wurde dem Plagiat Thür und Thor geöffnet. Das deutsche Reichsgesetz von 1870 § 7 Abs. 1 gestattete den Abdruck einzelner Artikel aus Zeitschriften und andern öffentlichen Blättern, mit Ausnahme von nobellistischen Erzeugnissen und wissenschaftlichen Ausarbeitungen, sowie von sonstigen größeren Mittheilungen, sofern an der Spitze der letztern der Abdruck unterjagt ist“.

Rossermann²⁾ bemerkt: „es ist Thatsache, daß die Zeitungslitteratur ohne gegenseitige Entlehnung nicht bestehen kann und daß deshalb von jeher die Zeitungsverleger sich stillschweigend die Befugniß zum Abdruck solcher Mittheilungen gegenseitig zugestanden haben. Allein diese Sitte wurde zur Unstute und man betrachtete vielfach jeden Zeitungsartikel als herrenloses Gut. Das deutsche Gesetz nimmt daher ausdrücklich das Feuilleton mit seinem belletristischen und wissenschaftlichen Inhalt aus; hier kann sich der Urheber sein Recht wahren und auch wo er es nicht thut, erfordert doch der Umstand, daß die Quelle angegeben werde.“

Unser schweizerisches Bundesgesetz stellt sich auf einen andern, wie uns scheint, ganz richtigen Standpunkt:

¹⁾ Ueber Predigten und Reden in kirchlichen Versammlungen vergl. Dambach a. a. O. S. 98. Ueber Vorträge in akadem. Dozenten Versammlungen S. 58. Es versteht sich, daß solche Vorträge gegen unbefugten Abdruck geschützt sind.

²⁾ a. a. O. S. 52.

1. Tagesneuigkeiten dürfen ohne weiteres abgedruckt werden, ohne Angabe der Quelle (Z. 5), ebenso Artikel politischen Inhalts, welche in Zeitungen und Journalen erschienen sind.

2. Alle andern Artikel aus Tagesblättern und Zeitschriften dürfen abgedruckt werden, sobald nur die Quelle angegeben wird.

3. Der Verfasser solcher Artikel (man denkt hier besonders an Novellen und wissenschaftliche Arbeiten), sobald sie nicht unter Z. 1 fallen, kann den Abdruck ausdrücklich in der betreffenden Nummer verbieten; dann ist, auch wenn die Quelle angegeben wäre, der Abdruck unzulässig.

Tagesblätter und Zeitschriften im Sinne des Gesetzes sind alle periodisch erscheinenden Schriften, welche aus mehreren, nicht zusammenhängenden Artikeln verschiedenen Inhaltes bestehen, gleichviel, ob dieselben in bestimmten oder unregelmäßigen Zwischenräumen erscheinen. Eine Zeitschrift als Ganzes ist sowohl gegen totalen, als, soweit nicht obige Bestimmungen in Art. 11 Z. 4 entgegenstehen, gegen partiellen Nachdruck geschützt.

Wie verhält es sich mit Telegrammen und telegraphische Correspondenzen in Zeitungen? Unzweifelhaft gelten dieselben als Zeitungsartikel und unterliegen also den obigen Regeln. Dagegen kann auch bei größern Telegrammen der Abdruck unterlagt werden¹⁾, jedoch nicht für solche politischen Inhalts, und das wird gerade das gewöhnliche sein.

B. an Werken der bildenden Künste:

6. Durch die theilweise Uebergabe eines den bildenden Künsten angehörigen Werkes in einem für den Schulunterricht bestimmten Werke.

Die ratio legis ist hier dieselbe wie oben Z. 1 (Sammlungen zum Schulgebrauch). Nur ist immer festzuhalten, daß die in Illustrationen nachgebildeten Sculpturen, Gemälde u. s. f. zur Erklärung des Textes dienen sollen, mit andern Worten, daß der Text die Hauptsache sein muß. Das deutsche Reichsgesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste vom 9. Januar 1876 dehnt diese Ausnahme in § 6 Z. 4 noch etwas weiter aus²⁾: Hiernach soll die Aufnahme von Nachbildungen einzelner

¹⁾ So Bamberg a. a. D. S. 91. Klostermann a. a. D. S. 55.

²⁾ Vergl. hiezu D. Wächter, das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste. Stuttgart 1877. S. 189 ff.

Werte der bildenden Künste in ein Schriftwort überhaupt gestattet sein, vorausgesetzt, daß das letztere als die Hauptsache erscheint und die Abbildungen nur zur Erläuterung des Textes dienen. Jedoch muß der Urheber des Originals oder die benutzte Quelle angegeben werden. Eine Bestimmung in diesem Sinne hätte uns besser gefallen; jedenfalls wird man es mit dem Ausdruck „Schulgebrauch“ nicht zu ängstlich nehmen müssen. So werden ungewisselt 3. B. in eine Kunstgeschichte Illustrationen von Kunstwerken aufgenommen werden dürfen, nur immer vorausgesetzt, daß das Wert die Hauptsache sei und die Bilder nur gewissermaßen als Belege (Zitate) dienen.

Bei andern Werken, welche Abbildungen enthalten, liegt das Verhältnis sehr häufig so, daß der Verleger sich sowohl vom Verfasser, als von dem oder den Künstlern, daservielfältigungsrecht übertragen ließ. In diesem Falle würde die Nachbildung einzelner Bestandtheile des Werkes, also 3. B. einzelner Bilder aus diesem Werte oder dieser illustrierten Zeitschrift von Seite eines Dritten ohne Genehmigung jenes Verlagsberechtigten nach den Grundsätzen des partiellen Nachdrucks (s. Art. 13) zu beurtheilen sein.

7. Durch die Nachbildung von Kunstgegenständen, welche sich bleibend auf Straßen oder öffentlichen Plätzen befinden, vorausgesetzt, daß diese Nachbildung nicht in der Kunstform des Originals stattfindet.

Diese Bestimmung findet sich fast wörtlich gleich in § 6 3. 3 des eben zitierten D. G. v. 1876 und war auch früher schon in dem bairischen Gesetz enthalten. Ein öffentliches Denkmal ist Gemeingut. Der Künstler selbst hat keinervielfältigungsrecht mehr, aber es soll auch nicht 3. B. in einer andern Stadt ganz die gleiche bronzene Krieger- oder Schiller-Statue wiederum in Erz gegossen, einen öffentlichen Platz zieren. Unter der Kunstform ist also namentlich auch das Kunstverfahren¹⁾ gemeint. Es dürfen also auf öffentlichen Bauplätzen befindliche Freskogemälde durch Photographie oder Kupferstich nachgebildet, nicht aber al fresco kopirt werden. Ebenso dürfen plastische Denkmäler zwar plastisch, aber nicht im gleichen Kunstverfahren, Sculpturen nicht durch die Sculptur, die Erzbilder nicht durch Guss nachgeahmt werden.

Wir haben schon in Art. 1 bei den Worten „ausschließliches Recht“

¹⁾ Vergl. Klossnermann a. a. O. S. 76.

9. Drelli, Urheberrecht.

darauf hingewiesen, und kommen unten nach Ziffer 8 auf diesen Punkt speziell zurück, daß es nach unserem Bundesgesetz nicht erlaubt sei, ein Kunstwerk in einer andern Kunstform, auch wenn hierin eine eigene Geistes-thätigkeit liegt, nachzubilden, also eine Skulptur durch ein Gemälde oder umgekehrt ein Gemälde in plastischer Form. Von diesem allgemeinen Verbot macht nun einzig diese Ziffer 7 eine Ausnahme mit Bezug auf Kunstwerte, die sich bleibend auf Straßen oder öffentlichen Plätzen befinden.

8. Durch die Aufnahme oder Ausföhrung von Plänen und Zeichnungen bereits erstellter Gebäude oder Theilen derselben, sofern letztere nicht einen spezifisch künstlerischen Charakter haben.

Von der eigenthümlichen Stellung der Architektur und von architektonischen Plänen haben wir bereits oben bei Art. 6 gesprochen. Die Bottschaft des Bundesrathes sagt zu dieser Bestimmung und dieser Auffassung haben sich dann auch die beiden Kommissionen und die Bundesversammlung angeschlossen: „Es genügt, die Reproduktion der Pläne und Zeichnungen, bei deren Ausarbeitung ja der Geist in hohem Grade sich selbstständig betheiligen muß, zu verbieten, nicht aber die Kopie des bereits erstellten Bauplans, welches, wenn es nicht einen spezifisch künstlerischen Charakter besitzt, eben mehr das Gepräge einer mechanischen Arbeit an sich trägt.“

Befinden sich also an einem Gebäude Statuen, Ornamente, Karyatiden, Gressobilder u. s. w., so sind diese Theile gegen Nachbildung gesichert. Hier wird dann eben der Architekt als Künstler, nicht als Baumeister, geschützt. Umgekehrt würde der Architekt seiner Seits eine verbotene Nachbildung verüben, wenn er an einem Gebäude (z. B. an einer Kirche, einem Theater) Werke der bildenden Kunst, die noch nicht Gemeingut geworden sind, nachbilden wollte. (Vergl. § 5 Z. 3 des deutschen Reichsgesetzes von 1876).

In diesem Abschnitt B hatte eine Minderheit der nationalrätlichen Kommission als Zusatz 6 a folgende Bestimmung vorgeschlagen:

„durch Benutzung als Muster für die zu einem materiellen Gebrauch dienenden Erzeugnisse der Industrie und des Handels“.

Es sollte also für das sogenannte Kunstgewerbe und Kunstindustrie die Benutzung und Nachahmung von Kunstwerken (Zeichnungen, Skizzen, plastischen Werken u. s. f.) ganz frei gegeben sein. Allein beide Mäthe verwarfen diesen Zusatz. Der nationalrätliche Kommissionsbericht

verbreitet sich weitläufig über diesen für unsere schweizerische Industrie wichtigen Punkt. Wir lassen den betreffenden Passus hier wörtlich folgen:

„Das österreichische Gesetz vom 19. October 1846 und verschiedene ältere deutsche Gesetze, wie diejenigen von Preußen, Bayern, Braunschweig und Sachsen-Weimar, betrachteten es nicht als verbotene Nachbildung, wenn ein Kunstwert als Muster für Industrieerzeugnisse oder, wie es wörtlich im österreichischen Gesetze heißt: „als Muster für die zu einem wirklichen materiellen Gebrauche dienenden Erzeugnisse der Manufakturen, Fabriken und Handwerke“ benutzt worden ist. Und noch bei den im Jahr 1870 im norddeutschen Parlamente stattgefundenen Beratungen des Gesetzesentwurfs betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste u. s. w., wurde sowohl vom Bundespräsidium als von der betreffenden Kommission des Parlamentes beantragt, in das Gesetz die Bestimmung aufzunehmen: „Die Benutzung von Werken der bildenden Künste als Muster zu den Erzeugnissen der Industrie, der Fabriken, Handwerke und Manufakturen ist gestattet.“ Es hat auch, wer wollte es leugnen, etwas Bedeutsames, die Produkte der schönen Künste der Kunstindustrie in möglichst unmittelbarer Weise dienstbar zu machen, da hiedurch die Kunstindustrie an geistigem Gehalt und ästhetischer Entwicklung ja nur ungemein gewinnen sollte, ohne daß dabei, wie man annehmen geneigt ist, der Künstler in seinen Interessen geschädigt sei, wobei er vielmehr indirekte nur gewinnen würde durch Popularisierung seiner Ideen und Verbreitung seines Namens in weitere Kreise. Man ist jedoch in Deutschland von diesen Anschauungen vollkommen zurückgekommen. Gerade im Gegensatz zu den frühern Entwürfen ist in § 5 des Reichsgesetzes vom 9. Januar 1876 die Bestimmung aufgenommen worden: „Jede Nachbildung eines Werkes der bildenden Künste, welche in der Absicht, dieselbe zu verbreiten, ohne Genehmigung der Berechtigten hergestellt wird, ist verboten. Als verbotene Nachbildung ist es auch anzusehen, wenn die Nachbildung eines Werkes der bildenden Künste sich an einem Werke der Baukunst, der Industrie, der Fabriken, Handwerke oder Manufakturen befindet“. Die Kunstindustrie darf also ohne Zustimmung des Urhebers dessen Werke nicht nachbilden. Für den Fall, daß er es gestattet, sichert ihm § 14 Schutz gegen weitere Nachbildungen in folgender Weise: „Wenn der Urheber eines Werkes der bildenden Künste gestattet, daß dasselbe an einem Werke der Industrie, der Fabriken, der Handwerke oder Manufakturen nachgebildet wird, so genießt er den Schutz gegen weitere Nachbildungen an Werken der Industrie u. s. w. nicht nach Maßgabe des gegenwärtigen Gesetzes, sondern nur nach Maßgabe des Gesetzes betreffend das Urheberrecht an Mustern und Modellen“

(vom 11. Januar 1876). In diesem Falle muß daher das Kunstwerk in das Musterregister eingetragen und eine Abbildung davon deponirt werden. Die Schutzfrist dauert in der Regel ein bis drei, höchstens fünfzehn Jahre.

Wie in Deutschland, so haben sich nun auch in der Schweiz die Künstler mit aller Entschiedenheit gegen das im Minoritätsantrag enthaltene Prinzip und die letztern speziell auch gegen den Wortlaut des Antrages ausgesprochen. Die Gesellschaft der schweizerischen Maler und Bildhauer bemerkt darüber: „Es sei nicht notwendig, aufmerksam zu machen, in wie hohem Maße die Worte: „die zu einem materiellen Gebrauch dienenden Erzeugnisse der Industrie und des Handwerks“ die Thüren zu allen möglichen unersreulichen Nachbildungen öffnen und zum Vorwand für eine wahre Verschwendung mehr oder weniger populärer Darstellungen führen können. Solche Nachbildungen werden um so leichter und um so häufiger erstellt werden, als ihnen die heutigen Tages so zahlreichen mechanischen, physischen, chemischen u. s. w. Mittel der Industrie zu Gebote stehen. Der Künstler würde demnach Gefahr laufen, sein Werk in Tausenden von Exemplaren auf Tapeten, Stoffen, Vorhängen, Samminbedeln, Maßstäben und andern, dem materiellen Gebrauch dienenden Gegenständen nachgebildet zu sehen.“ Hierin erblicken die Künstler und insbesondere auch Herr van Muyden nicht nur eine Verabwürdigung des Kunstwerkes, sondern auch eine erhebliche Gefährde für den Künstler selbst, indem letzterer viel schwerer und unter viel unvortheilhaftern Bedingungen die Vervielfältigung seines Kunstwerkes bewerkstelligen könnte, wenn letzteres in der angebotenen Weise der Kunstindustrie preisgegeben werde. Herr van Muyden glaubt auch, daß die Industrie die Dienste, welche ihr die schönen Künste leisten können, anzuerkennen und sich, wenn sie die Beihilfe des Künstlers bedürfe, an denselben zu wenden habe. Die Kunstindustrie werde selbst herabgewürdigt, wenn man von der Voraussetzung ausgehe, daß sie trotz aller Kunstgewerbeschulen, welche in neuerer Zeit in ihrem Interesse gegründet worden sind, nicht von ihren eigenen Schöpfungen leben könne. Ja, man würde ihr einen Dienst leisten, wenn man ihr die Nachbildung von Kunstwerken verbieten würde, welche für ganz andere als für gewerbliche Zwecke geschaffen werden.

Die Kommissionsmehrheit mußte sich schließlich davon überzeugen, daß sich unser Gesetz auch in diesem Punkte den neuern Gesetzen anschließen habe, und daher von der im Auge gehaltenen Begünstigung der Industrie Umgang zu nehmen sei. Außer den oben hiefür angegebenen Gründen mag hier noch hervorgehoben werden, daß sich nur außerordentlich schwer die für alle vorkommenden Fälle ausreichende Grenze finden ließe,

wo das Urheberrecht des Künstlers aufzuhören hätte. Möchte man auch den Wortlaut des Minderheitsantrages, welcher den materiellen Gebrauch eines Industrieerzeugnisses als das wesentliche Kriterium der Befreiung vom Urheberrecht darstellt, enger fassen und diese Befreiung vorschreiben oder verweigern, je nachdem das Wesentliche an dem nachgebildeten Kunstwerke in seinem ästhetischen Werthe oder aber im Werthe liegt, so ließe sich die Grenze doch gerade in den wichtigsten Fällen nur schwer finden. Denn gerade bei der fortschreitenden Entwicklung der Kunstindustrie werden je länger je mehr Produkte des Gewerbefleißes erstellt, welche in engerm oder weiterm Sinne dem Gebrauche dienen, sich gleichzeitig aber auch durch Schönheit und Stylmächtigkeit auszeichnen, so daß die Entscheidung oft schwer fallen dürfte, welcher von beiden Werthen überwiege. Aber abgesehen hiervon hätte die Sache auch kaum einen so großen praktischen Werth für die Industrie, daß darüber das widerstrebende unlegbar große Interesse des Künstlers geopfert werden dürfte. Ja, bei näherer Betrachtung wird anerkannt werden müssen, daß der Kunstindustrie selbst beim Schutze des Urheberrechts des Künstlers besser gebient ist. So empfand man es namentlich in Deutschland, daß die freie Benutzung von Kunstwerken für die Industrie, so lange sie dort bestand, die Anwendung echten künstlerischen Schaffens auf Gegenstände des täglichen Gebrauchs beinahe unmöglich gemacht hat. Denn der Künstler konnte sich nicht veranlaßt sehen, zu arbeiten, wie die Modellirung eines schönen Zeichners, eines andern Geräthes, der Zeichnung oder Farbensätze von Teppichen, Tapeten u. s. w. hinzugeben, so lange die Nachbildung gestattet und die Arbeit des Künstlers gewinnlos war. Die industrielle Nachbildung verfiel daher ungeschickten Händen, und die Folge davon war, daß die Kunstindustrie nicht recht aufkommen konnte, während die eleganten und feinen Gegenstände der Production Grantreichs, wo die Kunstwerke gegen industrielle Nachbildungen bereits geschützt und die besten Künstler für die Industrie thätig waren, überall den Markt beherrschten. Mehrliche Verhältnisse walten auch in der Schweiz, wo übrigens gewisse Industrien, durch ihre eigenen Interessen angeleitet, bereits, wie in der Eidgenossenschaft, ihre eigenen, selbstständig arbeitenden Zeichner beizugehen oder, wie in der Möbelschreinerei, von Architekten Zeichnungen anfertigen lassen".

Das Zürcherische Obergericht hat im Jahre 1867 einen interessanten Fall in Sachen Kunsthändler Appenzeller contra Gebrüder Schmid in Thalwil¹⁾ ebenfalls in dem Sinne entschieden, daß die Benutzung eines

¹⁾ Vergl. Zeitschr. für Zürcher. Rechtspflege XVIII. S. 301 ff.

Kupferstiches als Dessin für ein seidenes Toulard als unzulässig erklärt wurde. Indessen hatte das Gericht bei der Entscheidung jenes Falles den Schwerpunkt darauf gelegt, daß das Toulard, welches den Schmutz der drei Eidgenossen im Strüßli nach dem bekannten Gemälde L. Vogels, in Kupfer gestochen von Bongenbach in München, enthielt, einen gewissen artistischen Werth habe, daß man es um der Zeichnung willen und nicht zum gewöhnlichen Gebrauch als Mastuch anschaffe, und daß es sich damit ähnlich verhalte wie mit der bekannten pianta di Venezia. Dieser Entscheid wurde damals in der Presse angefochten. Auf Grundlage unseres Bundesgesetzes müßte nun ganz gleich entschieden werden, aber gestützt darauf, daß die Nachahmung und Nachbildung von Kunstwerken für Industrierzeugnisse ohne Wissen und Willen des Urhebers unzulässig ist. Der betreffende Fabrikant soll sich eben mit einem Künstler in Verbindung setzen; dann erlangt er dadurch indirect einen längern Schutz für sein Erzeugniß, als ihm ein Spezialgesetz über Muster- und Modellschutz¹⁾ gewähren wird; denn die Griffsbestimmung des letztern wäre vielleicht eine viel kürzere, (in Deutschland höchstens 15 Jahre), während jener Künstler und seine Rechtsnachfolger während der ganzen Schutzfrist gegen jede Nachbildung klagend auftreten können, die ohne ihre Einwilligung gemacht wurde.

Das deutsche Reichsgesetz von 1876 (§ 6 Z. 1) sagt im Uebernem: „Als verbotene Nachbildung ist nicht anzusehen: Die Einkeltkopie eines Werkes der bildenden Künste, sofern dieselbe ohne die Absicht der Verwerthung angefertigt wird. Es ist jedoch verboten, den Namen oder das Monogramm des Urhebers des Werkes in irgend einer Weise auf der Einkeltkopie anzubringen, widrigenfalls eine Geldstrafe bis zu 500 Mark verurtheilt ist“.

Unser Bundesgesetz statuirte diese Ausnahme nicht. Man muß also annehmen, auch die Anfertigung einer Einkeltkopie zum bloßen Vergnügen sei nicht gestattet. Es ist auch diese strengere Auffassung ganz richtig; denn nicht nur liegt in der Kopie, so schwierig auch vielleicht die Ausfühung sein möchte, keine eigene Geistesarbeit oder Menschöpfung, sondern es würde auch das Urheberrecht des Künstlers am Original illusorisch; denn wenn man die Kopie nicht als eine bloße Wiederholung, eine mechanische Vervielfältigung, behandelt, so ist sie selbst Original, also Objekt eines besondern Urheberrechts. Alsdann könnte der an der Kopie Berechtigte

¹⁾ Deswegen halten wir ein solches doch für wünschbar.

nach Belieben diese veröffentlichten und welchen Werth hätte in diesem Fall das Original? ¹⁾).

Das deutsche Reichsgesetz gestattet ferner (§ 6 Z. 2) die Nachbildung eines Werkes der zeichnenden oder malenden Kunst durch die plastische Kunst oder umgekehrt. Unser Bundesgesetz will auch hievon nichts wissen, sondern verbietet das Vervielfältigungsrecht auch in einer andern Kunstform ²⁾ unbedingt. Ueber diese strenge Consequenz des Urheberrechts äußern sich die Motive des ersten Entwurfes folgendermaßen:

„Nur wenige Geseze gestatten die Vervielfältigung, wenn das Verfahen oder der Zweck ganz verschieden von dem ursprünglichen Verfahen oder Zweck ist; dies thut das deutsche Gesetz vom 9. Januar 1876, welches in seinem Art. 6 ausdrückt, es bestehe in der Vervielfältigung von Werken der zeichnenden oder malenden Kunst durch die plastische Kunst, und umgekehrt, keine gesetzwidrige Nachbildung; das russische Gesetz von 1833, welches (Art. 336) denselben Grundsatß enthält, wie das deutsche Gesetz, und außerdem die Vervielfältigung eines auf industrielle Erzeugnisse angewendeten Kunstwerkes gestattet; endlich das schweizerische Concordat vom 31. Mai 1856, welches festsetzt: „Eine Verletzung des Autorrrechtes wird nicht begangen durch solche Nachbildungen, welche wesentlich auf eigener Geistesbätigkeit beruhen“.

Die letztere Definition ist außerordentlich vag und deshalb gefährlich. Könnte man rechtmäßiger Weise daraus schließen, daß der Schauspieler, welcher eine Rolle darstellt und augenscheinlich eine eigene intellektuelle Arbeit vollbringt, dem Autor des Stüdes keine Entschädigung zu entrichten braucht? daß der Kupferstecher, der ein Gemälde nachbildet und ohne Zweifel ein Kunstwert hervorbringt, das von demjenigen des Malers unabhängig ist, in seinem Falle das Vervielfältigungsrecht mißbrauchen kann? Das hat man gewiß nicht im schweizerischen Concordat aussprechen wollen.

Der im deutschen Gesetz enthaltene Vorbehalt ließe sich noch eher rechtfertigen, überschreitet aber ebenfalls die Grenzen der Billigkeit. Warum sollte der Urheber das Werk eines Bildhauers frei vervielfältigen dürfen, aber nicht dasjenige des Malers? Das Verfahen ist ja in dem einen wie im andern Falle von dem zur Verstellung des Originalwerkes angewendeten Verfahen gleich verschieden.

Endlich scheint uns der spezielle Vorbehalt des russischen Gesetzes

¹⁾ Vergl. R. Spöndli a. a. O. S. 54 ff.

²⁾ Chumet Concordance Art. 9. S. 29 ebenso.

dieselben Bedenken herauszufordern, wie die im schweizerischen Konfordat gemachte Reserve. Der Stich, die Lithographie, die Photographie gelten ebenso wohl als Industrien wie als Künste, und nicht minder können die zu Weben, Tapeten, Thongefäßen u. s. w. verwendeten Verbindungen von Nuten und Farben ebenso wohl zur Kunst wie zum Gewerbe gerechnet werden. Die Linie, die an dieser äußersten Grenzscheide das künstlerische vom gewerblichen Gebiet trennt, ist nahezu nicht mehr wahrzunehmen oder undefinirbar. Es ist folglich am gerathensten, das Recht des Urhebers an seinem Werth vollständig zu achten."

C. an dramatischen und musikalischen Werken:

Genauer sollte es eigentlich auch hier heißen: an dramatischen, musikalischen und dramatisch-musikalischen Werken (siehe oben Art. 7).

9. Durch die Aufnahme bereits veröffentlichter, kleinerer musikalischer Compositionen in ein speziell für die Schule oder Kirche bestimmtes Sammelwerk, mit oder ohne Originaltext, unter der Voraussetzung, daß die Quelle angegeben wird.

Es ist hier das gleiche pädagogische Interesse maßgebend, wie bei §. 1 und 6. Den Begriff Sammelwerk, der hier gleichbedeutend mit Sammlung in §. 1 gebraucht wird, haben wir dort erläutert. Die Redaktion des entsprechenden § 47 des deutschen Reichsgesetzes von 1870 ist wiederum genauer und vollständiger als die unsrige. Wir führen dieselbe wörtlich an, da die ratio legis dieselbe ist und der schweizerische Richter unter Umständen genöthigt sein wird, in einem zweifelhaften Falle das Reichsgesetz erklärend herbeizuziehen. Der zitierte § lautet: „Als Nachdruck ist nicht anzusehen: das Anführen einzelner Stellen eines bereits veröffentlichten Werkes der Kunst, die Aufnahme bereits veröffentlichter kleinerer Compositionen in ein nach seinem Hauptinhalte selbstständiges wissenschaftliches Werk, sowie in Sammlungen von Werken verschiedener Compositionen zur Benutzung in Schulen, ausschließlich der Musikschulen. Vorausgesetzt ist jedoch, daß der Urheber oder die benutzte Quelle angegeben ist".

Daß die Aufnahme bereits veröffentlichter kleinerer Compositionen in Sammlungen für Schule und Kirche unter Quellenangabe gestattet sei, darin stimmt das deutsche und das schweizerische Gesetz überein. Dagegen macht das erstere eine Ausnahme für solche Sammlungen, welche zum Unterricht in den eigentlichen Musikschulen (Conservatorien) bestimmt sind.